

Roy Elbert | Helmestrasse 2a | 99734 Nordhausen

- Kreistag Nordhausen -

NPD-Gruppe im Kreistag

Roy Elbert
Helmestrasse 2a
99734 Nordhausen

elbert@npd-nordhausen.de

Unser Zeichen
KT-AT004-09

Datum
30.11.2009

Antrag der NPD: „Überprüfung auf Stasitätigkeit“

Der Kreistag Nordhausen beschließt:

1. die auf Freiwilligkeit beruhende Überprüfung aller Mitglieder des Kreistages, sowie der Verwaltung hinsichtlich offizieller oder inoffizieller Mitarbeit für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bzw. dem Amt für Nationale Sicherheit (AfNS).

Ebenso die Überprüfung auf eine Mitarbeit bei der Volkspolizeiabteilung „K-1“ der ehemaligen DDR gemäß den **§§20 Abs.1 Nr. 6b** und **21 Abs.1 Nr. 6b StUG** (Stasi-Unterlagen-Gesetz)“.

Die Zustimmung aller betroffenen Personen ist vorher vom Landrat schriftlich einzuholen.

2. die Bekanntgabe der Überprüfungsergebnisse durch den Landrat - bis zum Monat März 2010 - gegenüber den anwesenden Kreistagsmitgliedern.
3. die Empfehlung einer „Niederlegung des Mandats“ im Falle einer Belastung.
Nachrückende Kandidaten sind auf gleiche Art und Weise bezüglich oben genannter Sachverhalte zu überprüfen.

Begründung:

Bis zum Ende des Bestehens der DDR wurde eine menschenverachtende Überwachung der Bürger, vor allem durch genannte Staatssicherheitsapparate und untergliederter Organisationen, praktiziert.

Viele Bürger wurden unschuldig Opfer von Bespitzelung, die nicht selten in gesellschaftlicher Benachteiligungen und politischer Strafverfolgung endete.

Auch in heutigen politischen Gremien ist eine Beteiligung von Personen nicht ausgeschlossen, die an der Mitarbeit in genannten Geheimdiensten beteiligt waren. Enthüllungen in diesem Bereich beweisen diese Tatsache immer wieder.

Als Beispiel dient hier unter anderem der Stasispitzel Frank Kuschel, die für die K1 tätig gewesene Ina Leukefeld oder die Sekretärin von Bodo Ramelow, die mit dem Dienstgrad eines „Hauptmanns“ ebenfalls für das MfS gearbeitet hat.

Gerade im 20. Jahr nach dem Fall der Mauer und dem Untergang der damaligen DDR ist Aufklärung von Unrecht, im Zusammenhang mit den genannten Institutionen, aber auch nachhaltige Aufklärung hinsichtlich einer unbelasteten Kreistags- und Verwaltungstätigkeit angebracht.

Sämtliche DDR-Überwachungsopfer haben ein Recht darauf, dass auch auf kommunaler Ebene, Überprüfungen von Mandatsträgern stattfinden und bei Belastung die „Niederlegung des Mandats“ empfohlen wird.

Der Opferschutz muss vor dem Täterschutz stehen!

Roy Elbert
NPD-Gruppenvorsitzender im Kreistag